

111-Bürgermeister:innen-Kampagne

Attac und das Netzwerk Steuergerechtigkeit, haben vor 2 Jahren gemeinsam mit weiteren Organisationen die Allianz „[Vermögen besteuern jetzt](#)“ - in's Leben gerufen. Der Allianz gehören inzwischen über 25 Organisationen an, darunter Gewerkschaften: DGB, Verdi, GEW, sowie Sozial- und Umweltverbände, die zusammen mehr als zehn Millionen Mitglieder vertreten.

*Wir wollen jetzt zusammen eine bundesweite **Bürgermeister:innen-Kampagne** auf den Weg bringen. Ziel ist, auf die zunehmend angespannte finanzielle Lage der Kommunen und der erodierende Demokratie aufmerksam zu machen. Unser Lösung ist die Stärkung der Kommunen in Verbindung mit der Forderung nach einer gerechteren Besteuerung sehr großer Vermögen. Dafür möchten wir parteiübergreifend Bürgermeister:innen aus ganz Deutschland gewinnen, die einen entsprechenden Aufruf unterzeichnen – siehe Anlage.*

*Zudem möchten wir den **Aufruf der Bürgermeister*innen** durch eine (mediale) Kampagne in den Social Media öffentlich verbreiten, um damit einen möglichst großen Personenkreis aus verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen zu erreichen.*

Dazu fragen wir die Bürgermeister:innen an, einen Video Clip zu erstellen, indem sie einerseits ihre Unterstützung zum Aufruf artikulieren, andererseits die Situation in ihrer Stadt/Kommune skizzieren und 3 ... Projekte benennen, die sie mit den möglichen Mehreinnahmen umsetzen könnten. Die Video Clips werden professionell geschnitten und über die Instagram Seite von Attac und den Seiten der weiteren Organisationen der Allianz (und auch von 'fun facts') in's Netz gestellt.

Durch die Ansprache weiterer Organisationen und bekannter Persönlichkeiten, die Kampagne zu 'reposten', wollen wir einen 'Kaskadeneffekt' auslösen und die Verbreitung der Kampagne möglichst bundesweit in die Fläche tragen. Auf diesem Weg wollen wir den politischen Druck erhöhen, den Kommunen höhere und verlässliche Einnahmen über die Länder zukommen zu lassen, die zunächst die Mehreinnahmen einer Vermögensteuer bekämen.

Ziel ist es im ersten Schritt, eine kritische Masse an Bürgermeister:innen zu finden, bevor öffentliche Aufmerksamkeit auf die Initiative gelenkt wird